

«Nicht streiken, aber demonstrieren»: Auch Wirtschaftsfrauen werden aktiv

Bürgerliche Frauen rufen zum Protest am 14. Juni auf, gehen aber auf Distanz zum Frauenstreik-Komitee

Daniel Friedli

Man erwartet Zehn-, ja Hunderttausende von Teilnehmerinnen quer durchs Land. Doch nicht alle Frauen, die am Frauenstreik vom nächsten Freitag auf die Strasse gehen, wollen ihre Teilnahme auch als Streik verstanden wissen. Und nicht alle wollen die Forderungen mittragen, die das nationale Streikkomitee in seinem Aufruf zum 14. Juni postuliert.

Darum tritt nun eine Gruppe von Frauen aus der Wirtschaft und aus den bürgerlichen Parteien mit einem eigenen Aufruf an die Öffentlichkeit. «Chancengleichheit geht alle etwas an», lautet dessen Titel, der bereits auf ein Kernanliegen der Gruppe hinweist: Auch Frauen mit bürgerlichem Profil und aus der Wirtschaft wollen am 14. Juni gehört werden, ohne aber dabei mit linken und gewerkschaftlichen Anliegen in Verbindung gebracht zu werden. «Als Berufsfrauen streiken wir nicht, nutzen aber diesen Tag, um unsere Stimme zu erheben und dazu aufzurufen, dass sich Frauen und Männer für mehr Chancengleichheit engagieren», heisst es im Aufruf. Denn die Gleichstellung von Mann und Frau «geht nicht nur linke Parteien und Gewerkschaften, sondern alle etwas an».

Hinter dem Aufruf stehen die Business and Professional Women Switzerland (BPW), ein Verband von Wirtschaftsfrauen. Unterschrieben ist er aber auch von den Frauenparteien von FDP, CVP, GLP und BDP sowie vom Dachverband Alliance F.

Blick aufs Berufsleben

All diese Akteure bekennen sich damit ebenfalls zum Aktionstag vom 14. Juni. Das Instrument des Streiks sei für viele Berufsfrauen zu negativ besetzt, sagt Claudine Esseiva, Vorstandsmitglied und



Frauen auf der Strasse: Bürgerliche Frauen wollen am 14. Juni für die Gleichstellung im Berufsleben demonstrieren. (Genf, 1. Mai 2019)

designierte Präsidentin von BPW. «Darum streiken wir nicht, wir demonstrieren.»

Inhaltlich dreht sich dieser Protest primär um die Gleichstellung im Berufsleben: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, gleichberechtigte Mitbestimmung, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. «Wir legen den Fokus bewusst auf Forderungen, die sich aus dem Berufsalltag von Frauen ergeben», sagt Elisabeth Bosshart, die derzeitige Präsidentin von BPW Switzerland. «Die

Kapitalismuskritik ist nicht unsere Sache.»

Damit distanzieren sich die Wirtschaftsfrauen vom Ton, wie er im offiziellen Manifest zum Frauenstreiktag mitunter anklingt. Denn dieses umfasst einen weit breiteren Forderungskatalog und argumentiert dabei bisweilen aus klar linker Warte. So richtet sich das Manifest etwa gegen «das kapitalistische Wirtschaftssystem, von dem nur eine Minderheit profitiert, während die Mehrheit der Weltbevölkerung,

insbesondere Frauen, ausgebeutet wird». Sodann werden Abtreibung und Verhütungsmittel zum Nulltarif gefordert. Und sexistische Gewalt soll als Grund anerkannt werden, um in der Schweiz Asyl zu erhalten. «Hinter solchen Forderungen können wir nicht stehen», sagt Babette Sigg, die Präsidentin der CVP-Frauen. «Wir fokussieren daher auf gewisse Kernpunkte der Gleichstellung, die von links bis rechts alle Frauen unterstützen können.» Noch pointierter hatte es Doris

Die Gleichstellung geht nicht nur linke Parteien und Gewerkschaften etwas an.

Fiala, oberste FDP-Frau, schon früher gesagt: Vielleicht seien die Initiantinnen «in den siebziger Jahren stehengeblieben».

Den Aufruf der Wirtschaftsfrauen unterstützt nun auch Fiala, inklusive der konkreten Forderungen. Dazu gehört etwa der Übergang zur Individualbesteuerung, so dass das zweite Einkommen eines Paares nicht mehr steuerlich benachteiligt wird. Auch die Einführung einer Elternzeit (statt nur eines neuen Vaterchaftsurlaubs) wird verlangt, ebenso flexiblere Arbeitsbedingungen wie Homeoffice für alle. Um die Vertretung von Frauen in der Wirtschaft zu verbessern, fordern die Autorinnen ambitionierte Zielwerte für die Geschlechter in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen. Und mit dem Ruf nach Lohntransparenz wollen sie es vereinfachen, diskriminierende Löhne vor Gericht anzufechten. Über diese Forderungen werden die Wirtschaftsfrauen am 14. Juni an einem Podium in Bern sprechen und sie danach auch an den Kundgebungen vertreten.

Alle Frauen willkommen

Bei den Initiantinnen des Frauenstreiks stösst der Aufruf von bürgerlicher Seite trotz allen inhaltlichen Differenzen auf Zuspruch. «Wir freuen uns, dass auch die Business-Frauen sich engagieren und mit ihren Forderungen auftreten», sagt Corinne Schärer, die bei der Gewerkschaft Unia für den Frauenstreiktag verantwortlich ist. «Das zeigt, dass der Aktionstag auf breite Akzeptanz stösst.» Dass sich die Wirtschaftsfrauen vom offiziellen Streikaufruf distanzieren, stört Schärer nicht. «Alle Frauen sollen sich so einbringen, wie sie es wollen», sagt sie. Schliesslich gebe es bei der Gleichstellung auf diversen Baustellen Handlungsbedarf.

MARTIAL TREZZINI / KEYSTONE